



An die Mitglieder  
der SPD-Bundestagsfraktion

**Franz Müntefering**

Bundesminister  
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin

POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 (0)30 18 527-2323

FAX +49 (0)30 18 527-2328

E-MAIL [franz.muntefering@bmas.bund.de](mailto:franz.muntefering@bmas.bund.de)

Berlin, 14. August 2007

Liebe Genossinnen und Genossen,

die angekündigten, teilweise auch schon realisierten Preissteigerungen für Lebensmittel berühren die unteren Einkommensgruppen ganz besonders.

Soweit staatlicherseits das sozio-kulturelle Existenzminimum garantiert ist – bei Sozialhilfe generell und bei ALG II – stellt sich die Frage, ob die Regelungen für die Sätze und für die Anpassung dieser Entwicklung genügen.

Ich habe eine Prüfung durch das BMAS veranlasst. Anfang November werde ich einen Bericht über die tatsächliche Preisentwicklung und mögliche Konsequenzen vorlegen und dann wird die Koalition Entscheidungen treffen können.

Ärgerlich und unglaublich finde ich den Umgang verantwortlicher Koalitionskollegen mit dem Thema.

- 1997 wurde von CDU/CSU der Anpassungsfaktor für Sozialhilfe auf die Rentenenwicklung umgestellt
- 2004 haben wir gemeinsam festgelegt, dass das Regelsatzsystem der Sozialhilfe Referenzsystem für die Grundsicherung (ALG II) ist
- 2006 haben Bundestag und Bundesrat den Regelsatz gemeinsam auf 345 Euro festgelegt: dabei wurde auf Vorschlag des BMAS der Regelsatz für Ost-Deutschland von 331 auf 345 erhöht. Unterstützung dafür habe ich beispielsweise von Herrn MP Althaus nicht gespürt.

- 2006 hat das Bundessozialgericht den Regelsatz in seiner Höhe als verfassungskonform bestätigt
- 2005/6/7 wurde BMAS aus den Reihen des Koalitionspartners aufgefordert, die Kosten für ALG II zu senken; dabei wurde auch eine Kürzung des Regelsatzes gefordert
- 2007 hat die Union sich geweigert, durch Mindestlohn-Regelung die Kosten des Bundes (rd. 23 Mrd. Euro in 2007) für ALG II zu senken
- Jetzt wird von diesen Koalitionären – Althaus, Stoiber, Seehofer - die Anhebung des Regelsatzes durch andere Form der Anpassung gefordert und in Aussicht gestellt – Finanzierung ungeklärt.

Ein Zick-Zack ist im Vergleich dazu eine gerade Linie. Das ist keine gute Erfahrung in einer Koalition.

Die Grünen sind die im Übrigen von ähnlicher Beliebigkeit. Man fordert die Erhöhung des Regelsatzes um rd. 20 %. Das kostet allein bei ALG II rd. 4,5 Mrd. Euro. Kein Wort zur Finanzierung.

Aber es geht um eine politische vernünftige Antwort in der Sache; also wird nun die Debatte zu führen sein und die Lösung in der Union zu finden.

- / Meine Pressemitteilung mit Erläuterungen vom 10. August 2007 lege ich zur Kenntnisnahme bei.

Mit freundlichen Grüßen

Franz Müntefering